

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 27. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 14. März 2007
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: Andres Linder, Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt

Entschuldigt: Max Amsler
Jürg Vogt
Kurt Kneier
Catherine Hosang
Arnold Julier, Gemeinderat

Bereinigte Traktandenliste

1. Vorab-Informationen des Gemeinderates betreffend
Totalrevisionen des Abwasser- und Wasserreglements (Geschäft 3525 & 3526)
(Referat: Andres Linder, Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt)
2. Bericht des Gemeinderates betreffend
Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe (1. - 5. Klasse)
Postulat von Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion Geschäft 3635 A
3. Interpellation von Dr. Ivo Corvini und Felix Keller, beide CVP-Fraktion,
vom 13.09.2006, betreffend

- | | |
|--|---------------|
| „Einbezug von Allschwil in das Organisations- und Sicherheitskonzept während der „euro08““ | Geschäft 3690 |
| 4. Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 14.12.2006 betr. „Erstellung einer mittel-, langfristigen, gestuften“ Planung für die Feuerwehr in Allschwil | Geschäft 3698 |
| 5. Postulat der FDP-Fraktion vom 17.01.2007 betreffend „Trinkwasserversorgung“ | Geschäft 3707 |
| 6. Interpellation von Claude Rothen und Andreas Bammatter, beide SP/EVP-Fraktion, vom 15.11.2006 betreffend „Unterhalt und Pflege der Wegmatten“ | Geschäft 3693 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
-

Der Protokollführer

.....
Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 27 vom 14.03.2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Ratspräsident **Christoph Morat** begrüsst die Anwesenden. Er teilt mit, dass das Protokoll vom 17.01.2007 versehentlich allen Einwohnerräten und -rätinnen zugesendet wurde. Auch künftig würden nur diejenigen mit einem Protokoll in Papierform bedient werden, welche dies ausdrücklich wünschen. Das Protokoll werde ohnehin im Internet veröffentlicht, daher bittet er die Parlamentarier und Parlamentarierinnen zu überprüfen, ob sie das Protokoll in Papierform dennoch weiterhin zugestellt haben möchten. Meldungen sind diesbezüglich an das Büro des Einwohnerrates, Andreas Weis, zu richten.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird ohne Änderung bewilligt.

Neue parlamentarische Vorstösse

Dringliches Verfahrenspostulat von Verena Meschberger, Präsidentin und Kurt Kneier, Vizepräsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, beide namens der **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission** betreffend „Verzicht auf den Finanzplan per Juni '07“ (Geschäft 3716)

Dringliche Motion von **Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, betreffend „Einsparungen beim Natur- und Amphibienschutz im Mühlebachtal“ (Geschäft 3715)

Kleine Anfrage betreffend Grün- und Freiraumkonzept von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion (Geschäft 3719)

Postulat betreffend Hinweis- und Gebotstafeln beim Sporn im Ziegeleiareal von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion (Geschäft 3718).

Zur Dringlichkeit der Motion (3715):

Der Motionär **Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion führt aus: Es geht bei der dringlichen Motion um den gleichen Zeitungsartikel, der an der letzten Einwohnerratssitzung auch diskutiert wurde. Es geht um Einsparungen im Hochwasserschutzprojekt Allschwil Dorf. Die Einsparungen werden jetzt gemacht, darum ist die Dringlichkeit gegeben. So hat der Gemeinderat noch genug Zeit, sich in Liestal dafür einzusetzen, dass keinerlei Einsparungen im Natur- und Amphibienschutz in diesem Gebiet gemacht werden.

://:

Die **Dringlichkeit** wird mit **31 Stimmen gutgeheissen**.

Die Behandlung erfolgt nach der Pause.

Zur Dringlichkeit des Verfahrenspostulates (Geschäft 3716) der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission spricht die Präsidentin **Verena Meschberger**:

Bei dem Verfahrenspostulat geht es um die Mai-Ausgabe des Finanzplanes. Dies bedeutet, dass man möglichst schnell entscheiden sollte, ob der Gemeinderat und die Verwaltung die Arbeiten in Angriff nehmen sollen oder ob man ausnahmsweise auf die Mai-Ausgabe des Finanzplanes verzichten kann.

://: Die **Dringlichkeit** wird mit **grossen Mehr** gutgeheissen.

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Rücktritt von Verena Meschberger als Präsidentin des Musikschulrates (die Mitteilung erfolgte schriftlich und nachträglich mit Schreiben des Ratspräsidenten vom 15.03.2007).

248 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 12.300 Abwasserentsorgung; Planung und Bau
 12.400 Wasserversorgung; Planung und Bau

1. Vorab-Informationen des Gemeinderates betreffend Totalrevisionen des Abwasser- und Wasserreglements (Geschäft 3525 & 3526) (Referat: Andres Linder, Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt)

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, führt in die Thematik ein. Es gehe heute nicht darum, über die Reglemente als solche zu diskutieren oder zu politisieren. Es gehe nur um eine Vorabinformation über die wesentlichen Inhalte der neuen Reglemente.

Andres Linder, Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt, gibt die Vorabinformationen:

Die Materie sei kompliziert. Dies liege auch daran, dass viele Fachbegriffe verwendet würden, dies lasse sich aber nicht umgehen. Heute gehe es um eine praxisnahe Erläuterung.

Die Hauptziele der Totalrevision:

Aufgrund der Revision des übergeordneten Gewässerschutzgesetzes ist eine Revision der Reglemente notwendig geworden. In erster Linie muss man die Gebühren anpassen und das Verursacherprinzip anwenden. Im Rahmen der Totalrevision habe man auch durch geeignete Regelungen den Wohnungsbau und die Wirtschaft fördern wollen. Es soll auch ein einfaches Gebührenkonzept bestehen, welches durch die Einwohnerinnen und Einwohner nachvollziehbar ist. Der Verwaltungsapparat soll einfach und überschaubar bleiben und die Zahl der Einsprachen und den Mutationsaufwand verringern. Beim Abwasser verfolge man auch mit dem generellen Entwässerungsplan eine neue Entwässerungsphilosophie: das Trennen von Regenwasser vom Schmutzwasser (Trennsystem).

Die Kosten sind zum Teil einmalig (Netzerstellung). Hier müsse man von der maximal bebaubaren Fläche ausgehen um das Netz ausreichend gross dimensionieren zu können.

Andererseits fallen wiederkehrende Kosten an. Hier geht es um Unterhalt und Werterhalt. Ausserdem gibt es auch noch die Betriebskosten.

Man will die einmaligen Kosten durch Anschlussbeiträge decken und die wiederkehrenden Kosten durch die jährlichen Gebühren. Hier unterteilt man in Fixkosten (abgedeckt durch fixe Grundgebühr) und in variable Kosten (abgedeckt durch variable Mengengebühr).

Andres Linder gibt hierzu ein Fallbeispiel. Neu werden die Faktoren berücksichtigt, welche für die Netzdimensionierung massgebend sind. Verursachergerecht massgebend ist für die Dimensionierung der Wasserleitungen die Parzellenfläche. Diese wird mit dem fixen Betrag von CHF 30.-- Anschlussgebühr multipliziert.

Beim Abwasser wird die gesamte Parzellenfläche mit dem Ansatz von CHF 75.-- und dem entsprechenden Zonengewicht multipliziert. Es wurde ein Zonengewicht eingeführt, da es eine grosse Rolle spielt, wo sich die Parzelle befindet. Abhängig vom Mass der versiegelten Fläche

gerät mehr oder weniger Wasser in die Abwasserleitungen. Die Beträge von CHF 30.-- und CHF 75.-- lassen sich auch sehr leicht errechnen. Sie ergeben sich aus den gesamten Netzerstellungskosten im Verhältnis zur überbaubaren Fläche.

Der Anschlussbeitrag ist unabhängig von der effektiven Nutzung. Dafür wird er nur einmal erhoben. Er bedeutet letztlich den Einkauf in das bestehende Leitungsnetz. Er ist auch unabhängig von der Entwässerungsart und bezieht sich nur auf die Grundstücksfläche. Die ist grundbuchlich festgeschrieben. Die Netzdimensionierung ist auf den Vollausbau ausgerichtet. Man hat keinen Erschliessungsbeitrag zur Zeit der Netzerstellung gefordert. Daher ist der Einkauf in das erstellte Netz zum Zeitpunkt des Anschlusses an das Netz gerechtfertigt. Es gibt drei Zonengewichte (Wohngebiet, Gewerbegebiet, Strassen). Das Zonengewicht reflektiert das Mass der Versiegelung der Fläche. In Wohnzonen hat man das Zonengewicht auf 0.4 festgelegt. Beim Gewerbe hat man 0.7 eingesetzt. Obwohl die effektiven Abflussbeiwerte höher sind, hat der Gemeinderat dies im Sinne der Wirtschaftsförderung beschlossen. Dazu gibt es aber einen Gegenantrag der Kommission auf Anhebung auf 0.8. Die beitragspflichtige Parzellenfläche ist zwar ein einfaches Kriterium, dennoch muss man einige Sonderfälle speziell regeln. Es gibt Parzellen, in denen ein Teil der Parzelle in der Bauzone, ein anderer in der Landwirtschaftszone liegt. Hier wird nur der Teil berücksichtigt, der in der Bauzone liegt. Bei Landwirtschaftsbetrieben ausserhalb der Bauzone sind die Parzellen in der Regel sehr gross, die überbaute Fläche aber nicht. Hier stellt man ab auf die in der Bauzone maximal zulässige Bebauungsziffer von ca. 25%. Dies überträgt man auf die Parzelle im Landwirtschaftsgebiet und erhält so einen entsprechenden Faktor. Bei denjenigen Grundstücken, welche in gemischten Gebieten liegen, werden beide Werte zusammengerechnet.

Bei An- oder Umbauten wird kein neuer Anschlussbeitrag erhoben, da man ja bereits für die ganze Fläche Anschlussbeiträge geleistet hat. Wichtig ist, dass dies für alle Gebäude gilt. Auch für diejenigen, welche unter altem Reglement erstellt wurden. Dies bedeutet eine grosse Entlastung für die Bauherren.

Nach neuem Gesetz ist eine Mischwasserleitung, wie bei vielen vor 1991 erstellten Gebäuden üblich, nicht mehr erlaubt. Der generelle Entwässerungsplan (GEP) zeigt auf, wo man Anpassungen vornehmen muss. Bei Anpassungen an das GEP muss das Regenwasser auf der Liegenschaften selbst versickern (mit Versickerungsanlage). Wenn dies nicht geht, dann muss das Regenwasser in ein Gewässer (Bach) abgeleitet werden. Wenn auch das nicht geht, dann muss das Wasser in eine Sauberwasserleitung in der Strasse abgeleitet werden. Wenn auch das nicht geht, dann kann weiterhin in den Mischwasserkanal eingeleitet werden, aber vorher eine Retentionsanlage installieren (um die Wasserspitzen bei grossem Niederschlag aufzufangen). Die Gemeinde leistet hier finanzielle Beihilfe für die Errichtung der geeigneten Massnahmen. Da der Aufwand zur Erstellung einer Versickerungsanlage unverhältnismässig gross sein kann zu den Gesamtkosten eines An- oder Umbaus, hat der Gemeinderat beschlossen, eine Versickerungsanlage oder Retentionsanlage nur dann vorzuschreiben, wenn auch tatsächlich Änderungen an den privaten Abwasseranlagen vorgenommen werden. Dies bedeutet, dass beim Um- oder Anbau nur dann Massnahmen im Rahmen des GEP ausgeführt werden müssen, wenn zum Beispiel ein zusätzliches Lavabo oder WC/Dusche eingebaut wird.

Zu den jährlichen Gebühren:

Beim Wasser wird eine Grundgebühr, abhängig von der Zählergrösse eingeführt. Die Mengengebühr richtet sich nach dem Bezug. Es gibt aber keine zusätzliche Grundgebühr, sondern mit der Einführung der Grundgebühr reduziert sich wieder die Mengengebühr.

Beim Abwasser muss gemäss eidgenössischem Gesetz auch das Regenwasser verrechnet werden. Hier stützt man sich auf die Gebäudefläche multipliziert mit dem Faktor 1.72-mal der Regenmenge und dem Mengenpreis. Die Kosten werden nach der gleichen Formel berechnet, wie sie der Kanton der Gemeinde verrechnet. Von den heutigen CHF 2.-- sind 90% an den Kanton abzuführen.

Die Grundgebühr ist nicht Ausdruck einer versteckten Gebührenerhöhung. Der totale Gebührenertrag wird gleich bleiben. Verursachergerecht ist eine Aufteilung in Grundgebühr und Mengengebühr. Die Grundgebühr deckt den effektiven Aufwand nur zu ca. 30%. Die Grundgebühr ist auch das Entgelt dafür, dass jederzeit einwandfreies Wasser zur Verfügung steht. Die Mengengebühr soll Anreiz schaffen, tatsächlich sparsam mit dem Wasser umzugehen. Viele Sprinkleranlagen befinden sich in den Gewerbegebäuden. Diese mussten bisher nichts zahlen, sofern sie nicht in Betrieb waren. Durch die Erhebung einer Grundgebühr kann man hier einen zusätzlichen Ertrag von ca. CHF 60'000.-- pro Jahr generieren.

Mit Versickerungsanlage oder Ableitung in ein Gewässer zahlt man weniger Regenwassergebühr. Bei Ableitung in eine Sauberwasserleitung oder Installation einer Retentionsanlage fällt jedoch die gleiche Gebühr an, wie wenn man keine hat. In beiden Fällen wird nämlich die öffentliche Infrastruktur beansprucht und damit werden auch Kosten verursacht.

In Fällen, bei denen viel Trinkwasser zur Bewässerung des Gartens verwendet wird, besteht die Möglichkeit, einen separaten Wasserzähler installieren zu lassen. Dadurch erhöht sich die Grundgebühr, aber die Schmutzwassergebühr reduziert sich bei entsprechendem Nachweis, dass das Wasser im Erdreich versickert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es sowohl bei Abwasser- und Wassergebühren je eine Grundgebühr und eine Mengengebühr gibt. Die Gebührenstruktur ist bei beiden sehr ähnlich. Die finanziellen Auswirkungen sind: bei den einmaligen Gebühren gibt es eine Entlastung, bei den jährlichen gibt es eine Umverteilung der Gebührenverteilung. Es wird Personen geben, die weniger zahlen als heute und solche die mehr zahlen werden. Dies lässt sich aber nicht verhindern. Die Gebührenänderungen liegen im akzeptablen Rahmen. Es geht um Beträge von ca. Fr. 250.-- / pro Jahr pro Person für Wasser und Abwasser. Beim Abwasser gibt es Mehreinnahmen, da der Kanton für das abgeleitete Regenwasser auf den Kantonsstrassen der Gemeinde eine Gebühr entrichten muss. Im Zuge der Gleichberechtigung wird aber auch bei den Gemeindestrassen eine Gebühr erhoben.

Zur Privatisierung der Anschlussleitungen

Neu wird der Anschluss der Leitung im Privatbesitz bleiben und nicht mehr nach der Erstellung in den Besitz der Gemeinde übergehen. Unter allen Gesichtspunkten ist der Verbleib der Anschlussleitung im Privatbesitz ein Vorteil für den Grundeigentümer. Leitungsbrüche sind durch die Gebäudeversicherung versichert. Für die Gemeinde fällt der Unterhalt der ca. 70km Anschlussleitungen weg. Dies wirkt sich positiv auf tiefere Gebühren aus. Bei den Abwasserleitungen war es schon immer so. Die Gemeinde wird im Zuge der Sanierung der eigenen Leitungen den betroffenen Grundstückeigentümern Beiträge ausrichten, sofern sie ihre Anschlussleitungen mitsanieren.

Zu den Übergangsbestimmungen

Die Anschlussbeiträge werden ab dem 01.08.2007 nach dem neuen Reglement berechnet. Die jährlichen Gebühren erst ab Januar 2008. Die Gebäude, welche in der Zeit der In-Kraft-Setzung des neuen Reglements gerade in Bau sind und noch nicht von der Gebäudeversicherung eingeschätzt sind, werden nach dem alten Reglement behandelt. Massgebend ist der Zeitpunkt der Einreichung der Baubewilligung.

ENDE der Ausführungen

Keine weiteren Fragen aus dem Plenum.

Christoph Morat, Präsident, teilt mit, dass Andres Linder auch bereit ist, in den einzelnen Fraktionen weitere Fragen zu beantworten oder Auskünfte zu erteilen.

249 04.020 Primarschule
 04.040 Andere Schulen

**2. Bericht des Gemeinderates betreffend
Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe (1. - 5. Klasse)
Postulat von Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion Geschäft 3635 A**

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur: Der Gemeinderat hat an der Einwohnerratssitzung vom 18.01.2006 das Postulat von Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion, zur Einführung einer Tagesschule entgegengenommen. Mit der Annahme des Postulats nimmt er seine familienpolitische Verantwortung wahr. Er hält es für seine Pflicht, die Leitidee der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005-2010 zu verwirklichen. Das Ziel im Bereich Bildung ist, auf der Stufe Kindergarten und Primarschule das Betreuungsangebot anzustreben. Auf der Stufe Kindergarten ist man schon einen grossen Schritt weiter. Der Gemeinderat stellt in seinem Bericht fest, dass der Bedarf zur Verstärkung der Tagesbetreuungsangebote gegeben ist und unterstützt grundsätzlich die Bemühungen zur Einführungen einer öffentlichen Tagesschule.

Im Bericht beurteilt der Gemeinderat die Notwendigkeit der familienergänzenden Tagesbetreuung nach verschiedenen Kriterien:

- Strategische Massnahmenplanung
- Umfrage unter Allschwiler Unternehmen und bei Eltern
- Entwicklung der regionalen Tagesschulangebote
- finanzielle Möglichkeiten der Gemeinde Allschwil

Zu den Kosten: Eine Tagesschule ist gesamtschweizerisch nicht selbsttragend und ist in der Regel mit einem Sozialschlüssel gedacht. Die Kostenberechnung für eine Tagesschule in Allschwil für 5 Klasse wirft die Frage auf, ob dies finanzierbar ist.

Zur politischen Diskussion:

Die politische Diskussion ist seit Jahren im Gange. Die Argumente für die Einführung einer Tagesschule sind nachvollziehbar. Die Antwort des Gemeinderates im Bericht entspricht daher auch weitgehend dem Inhalt und der Entwicklung der sachlichen Diskussion. Die durchgeführte Umfrage zeigt, dass aus der Bevölkerung deutliche Zeichen zur besseren Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie vermittelt werden. Die Unternehmen signalisieren ein vitales Interesse an der Betreuung der Kinder ihrer Mitarbeiter ohne jedoch dafür finanzielle Verpflichtungen eingehen zu wollen.

Der Gemeinderat beachtet den Bedarf einer öffentlichen Tagesschule als gegeben und unterstützt die weiteren Bemühungen zur Einführung einer Tagesschule als Ergänzung der bestehenden Dienstleistungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeit von Allschwil.

Er, Heinz Giger, hat in seinem eigenen Umfeld festgestellt, dass die Diskussion um die Tagesschulen in hohem Masse eine emotionale Diskussion ist. In seiner Beobachtung geht es in der Diskussion um den Widerstreit zwischen Familienidylle und Realität der Gesellschaft. Seit langem hat die Wirklichkeit das Familienidyll aus den 50er-Jahren überholt. Der Geburtenrückgang nimmt alarmierende Dimensionen an. Die Politik hat die Aufgabe, dazu beizutragen, dass es wieder möglich ist, diesem Trend entgegenzuwirken und Kinder zu haben.

Jede zweite Ehe wird geschieden, mehr als 1/3 der Frauen aus der gebildeten Mittelschicht bleibt kinderlos, 40% der geschiedenen Väter brechen jegliche Beziehung zu ihren Kindern ab. Das Familienidyll gibt es also nicht mehr absolut. Hier muss sich die Politik fragen, welche Verantwortung sie trägt und welche sinnvolle Möglichkeiten es gibt.

An der Universität Basel sind 55% der Studierenden Frauen.

Kindern und Familien muss Sorge getragen werden. Sie sind die Basis der Gesellschaft. Es kommt der Familie eine besondere Bedeutung zu. Ohne gut ausgebildete Kinder und Jugendliche hat die moderne Gesellschaft keine Zukunft. Bildungsstand und Wohlstand der Gesellschaft hängen eng zusammen. Vor diesem Hintergrund leisten die Tagesschulen einen grossen Beitrag. Sie verbessern die schulischen Leistungen und fördern wichtige Kompetenzen der Kinder. Ausserdem ermöglichen sie die Berufstätigkeit beider Eltern und erlauben damit eine maximale Ausschöpfung dieser Eltern in die getätigten Bildungsinvestitionen. Die Tagesschule soll für Kinder sein, die aus Ein-Eltern-Familien kommen und für Familien die aus ökonomischen Gründen auf einen Doppelverdienst angewiesen sind. Diese Familienformen sind keine Ausnahme, sie sind Ausdruck moderner Lebensformen. Ihnen muss man Rechnung tragen. Letztlich geht es um familienergänzende Betreuung im Interesse der Kinder, der Familien und des Staates. Es geht auch um das Wohl der Wirtschaft, die gut ausgebildete Personen benötigt. Hier muss man auch über die eigenen Interessen hinaus schauen können.

Heinz Giger bedankt sich für die Vorarbeit der Arbeitsgruppe und von Charlotte Weishaupt, Hauptabteilungsleiterin Bildung-Erziehung-Kultur. Er bittet den Rat den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

EINTRETENSDISKUSSION

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Er ist nicht grundsätzlich abgeneigt, solange sich das Projekt kostenneutral realisieren lässt. Die Gemeinde soll nichts daran zahlen. Die Ausführungen von Heinz Giger sind blumig. Eine ehemalige Gemeinderätin hat einmal gesagt: 'Die Wirtschaft braucht Frauen'. Wer sorgt sich aber um die Kinder? Die Vorlage ist mit viel Aufwand ausgearbeitet worden. Man hat aber nirgends im Bericht gesehen, dass die Wirtschaft sich irgendwie beteiligt. Die Wirtschaftsförderung in Form von Steuererleichterungen kann auch eine Gegenleistung einfordern. Die Wirtschaft soll Verantwortung wahrnehmen. Das Familienbild der 50er-Jahre ist nicht mehr aktuell. Es geht aber auch vielfach um die materiellen Interessen der jungen Leute mit Kindern. Das zwingt viele Familien zum Doppelverdienst. Nur so kann man sich die Luxusgüter anschaffen. Man darf nicht über die eigenen Verhältnisse leben. Bruno Steiger stört der generelle Trend, immer alles vom Staat zu verlangen. Gewisse Politiker leben dem sogar nach. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Steuern erhöht werden müssen. Wenn man Kinder auf die Welt stellt, sind grundsätzlich und zuerst die Eltern verantwortlich. Es geht nicht, dass der Staat sich immer mehr in die elterlichen Pflichten einmischt oder diese Pflichten übernimmt. Immer mehr Eltern nehmen ihre Pflichten nicht mehr wahr. Die öffentliche Hand soll dem nicht Vorschub geben. Diejenigen, die eine Tagesschule möchten, können sich ja organisieren und die Tagesschule selber finanzieren. Er kann der Vorlage nicht zustimmen. Die Entwicklung wird dadurch nur noch schlimmer. Man soll lieber die Selbstverantwortung der Eltern fördern. Er ist daher für Nicht-Eintreten. Er ist nur bei einer kostenneutralen Lösung dafür.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Grundsätzlich begrüsst er, dass in der Schweiz alle Kinder in die Schule gehen können. Eine Grundausbildung ist wichtig und gibt eine Grundbasis. Man muss aber aufpassen, dass die Grundbasis nicht zum Selbstbedienungsladen verkommt. Leistungen über die Grundausbildung hinaus müssen selber erbracht werden. Es geht nicht an, dass der Staat alles finanziert. Am Schluss kommt man noch auf die Idee, auch die Autofahrprüfung durch den Staat bezahlen zu lassen, da dies ja auch eine erzieherische Massnahme ist, die allen zu Gute kommt. Man hat in den umliegenden Gemeinden und bei der Tagesschule Kindergarten gesehen wie gross das Interesse wirklich ist. Sobald es ans Geld geht, soll der Staat wieder zahlen, sonst ist es nicht mehr so interessant. Kinder muss man sich leisten können, es genügt nicht, sie nur in die Welt zu stellen. Viele Ehepaare sind nicht nur kinderlos, weil sie es sich nicht leisten können, sondern weil das Umfeld nicht stimmt. Man will hier eine Tagesschule machen, damit die Kinder den Umgang miteinander lernen, damit sie den ganzen Tag durch Fachleute betreut sind und bei den Hausaufgaben betreut werden. Man nimmt den Eltern so die ganze Verantwortung weg. Die Eltern können dann mehr Geld verdienen und sich ein zweites Auto und zweimal Ferien pro Jahr leisten. Früher konnte man sich auch innerhalb

der Familie organisieren. Dies nutzt dem Familienzusammenhalt. Heute gehen die Kinder ins Tagesheim, in den Tageskindergarten und in die Tagesschule. Das ist wie im Heim. Da kann man die Kinder gleich abgeben. Dann hat man nichts mehr von den Kindern.

Zu den Kosten: In fünf Jahren kostet die Tagesschule fast eine halbe Million Franken. Dies ist viel Geld. Der Gemeinderat sagt immer wieder, er möchte Eigenkapital bilden. Dies ist so aber nicht möglich. Früher oder später redet man in der Budgetdebatte wieder von einer Steuererhöhung. Er bittet den Gemeinderat, sich genau zu überlegen, was machbar ist.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, hält dagegen: Es geht um die Kenntnisnahme eines Berichts zum Postulat. Man redet bereits darüber. Er schlägt vor, jetzt Kenntnis zu nehmen und sich zuzuhören, was passiert und beschliesst jetzt Eintreten und Kenntnisnahme.

EINTRETEN wird mit 30:3 beschlossen.

DISKUSSION

Juliana Weber-Killer, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für den ausführlichen und informativen Bericht: Sie ist erfreut, dass der Gemeinderat der Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe positiv gegenüber steht. Er trägt damit den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung. Dies geht auch aus der Umfrage hervor. 70% der antwortenden Mütter sind berufstätig. 80% davon würden die Einführung der Tagesschule begrüßen und 44% würden von dem Angebot Gebrauch machen. Alle möchten ihre Kinder gut betreut wissen und erkennen den volkswirtschaftlichen, bildungs- und familienpolitischen Nutzen einer Tagesschule. Die Umfrage zeigt, dass sich die Eltern bewusst sind, dass sie einen finanziellen Beitrag leisten müssen. Dieser variiert jedoch sehr stark. Ein Betrag von CHF 10 - 30,- pro Tag ist für die Eltern möglich. Dies langt aber nicht um die Kosten zu decken. Damit ist klar, dass ein Subventionsschlüssel die Beiträge der Gemeinde festlegt. Es sollen alle Familien in Allschwil von einer Tagesschule profitieren können. Auch die Auslastung der Tagesschule hängt davon ab. Die SP/EVP-Fraktion steht hinter der Einführung der Tagesschule damit alle Menschen ihr Familienmodell leben können. Es brauche ein weiterführendes Angebot nach dem Tageskindergarten.

Felix Keller, CVP-Fraktion: Der Bericht zeigt das Konzept und die Kostenfolge gut auf. Rundherum werden Tagesschulen eingeführt. Sie sind nicht grundsätzlich neu. Es gab schon immer Internatsschulen und Heime, in denen die Kinder nicht nur Tagsüber sondern über Wochen oder Monate versorgt sind. Das ideale traditionelle Familienbild ist heute kaum mehr Realität. Fakt ist, dass ca. 2/3 der Frauen mit Kindern berufstätig sind und fast die Hälfte der Kinder heute schon teilweise fremdbetreut werden. Die neuen Familienstrukturen erfordern ein Umdenken. Die Familien sollen ihre Lebensform frei selber wählen können. Auch im Schulsystem erfordert dies ein Umdenken. Die Einführung der Tagesschule ist ein Beispiel und die logische Folge der Einführung der Blockzeiten und des Tageskindergartens. Die Einführung der Tagesschule erfordert einen offenen und flexiblen Betrieb, d.h. ein fakultatives Angebot von Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung. Es gibt nämlich viele Eltern, die nicht beide zu 100% berufstätig sind und daher gewisse Tage die Betreuung selber übernehmen können. Im Weiteren soll aber auch die Mitarbeit der Lehrerinnen und Lehrer angestrebt werden und somit die Tagesschule zu einem umfassenden Arbeits-, Lern- und Erfahrungsort für Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer werden. Damit kann auch das Wir-Gefühl und eine gemeinsame Schulkultur besser entstehen. Die Umwandlung von einer normalen Schule in eine Tagesschule stellt einen kleinen Aufwand dar, gratis gibt's das aber nicht. Bei einem Vollbetrieb kostet die Tagesschule annähernd 1 Million Franken jährlich. Durch Elternbeiträge kann keine Kostendeckung erreicht werden. Die Umfrage hat gezeigt, dass die Schmerzgrenze bei ca. CHF 20-30 pro Tag liegt. Jährlich muss die Gemeinde daher ca. CHF 500'000.-- zusätzlich aufwerfen. Es gibt aber auch Sparpotential. Wieso müssen die Personalkosten linear mit der Klassenanzahl zunehmen? Einige Klassen können sicher in der Mittagszeit zusammengelegt werden. Auch die Sekretariate müssen nicht linear zunehmen. Trotzdem muss gefragt werden,

wo das Geld herkommt. Auch muss man sich fragen, ob die Priorität bei der Tagesschule liegt, oder ob zum Beispiel die Sanierung der Schulhäuser Vorrang hat. Diese Fragen sind alle noch offen. Betreffend die Bedürfnisumfrage muss man nochmals genau prüfen. Viele sagen, dass sie dafür sind. Jedoch ist das Interesse dann nicht so gross, wenn die Schule tatsächlich eingeführt wird. Dies sieht man jetzt auch in Basel. Gewisse Anlaufschwierigkeiten gibt es aber immer. Für die CVP ist es aber richtig, dass man nun zuerst die Tagesschule auf Stufe Kindergarten betreibt und so Erfahrungen sammelt. Dann hat man auch die Grundlagen um zu entscheiden, ob eine Tagesschule auf Stufe Primarschule eingeführt wird. Wenn die Mütter und Väter arbeiten müssen, hat er lieber eine gut geführte Tagesschule als eine fehlende Betreuung daheim. Er bittet um Kenntnisnahme.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Ihm ist bei der Umfrage am meisten die Frage 9 aufgefallen. Diese zeigt ihm, dass es keine Tagesschule braucht. 62% der Kinder werden regelmässig von anderen Personen oder Institutionen als den Eltern betreut. Am häufigsten ist die Betreuung durch Verwandte, Tageseltern oder Tagesheime. Dies heisst, dass bereits 62% der Eltern eine Möglichkeit gefunden haben, ihr Kind fremd betreuen zu lassen. Zu den bestehenden soll man nun noch eine Institution schaffen? Den Grosseltern darf man doch die Enkelkinder nicht wegnehmen, oder den Tageseltern die betreuten Kinder. Die Zahl von 62% zeigt doch, dass das Angebot ausreichend ist, eine Tagesschule ist nicht notwendig. Binningen hat auch eine Tagesschule, ist aber die reichste Gemeinde im Kanton und hat Luxusprobleme. Ausserdem stand kürzlich in der Zeitung, dass die bestehenden Tagesschulen gar nicht ausgelastet sind. An die SP/EVP-Fraktion gerichtet: Die Sanierung des Bettenackerschulhauses ist gerechtfertigt. Wenn man aber immer wieder andere Projekte finanzieren will, wie Tagesschule oder Tempo-30, dann fehlt irgendwann das Geld für die Sanierung.

Simone Hauser, FDP-Fraktion: Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis. Dies vor allem im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Es wird später darüber diskutiert, was wirklich möglich ist. Frage ist vor allem, ob es die Anstossfinanzierung vom Bund im Jahr 2010 noch gibt, wenn das Projekt dann starten sollte. Die Diskussion zwischen Kanton und Gemeinde betreffend Schulhäuser sollte erst geklärt sein, bevor man anfängt, die Schulhäuser Gartenstrasse oder Bettenacker zuzuteilen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Die Tagesschule ist freiwillig und öffentlich. Sie ist kein staatlich gezahltes Kidnapping. Die Kinder werden nicht den Grosseltern entrissen. Es sind 38% der Kinder die nicht von Verwandten oder Freunden betreut werden, um die geht es. Es ist ein Luxus in der heutigen Zeit, wenn ein Ehepartner genug verdient, so dass der andere die Kinder ganztätig betreuen kann. Das ist das Ideal. Die Tagesschule soll aber nicht die Familie ersetzen. Es braucht Tagesschulen weil gerade das Familienbild geändert hat. Es ist weltfremd, wenn man die Entwicklung nicht sieht. Es gibt sehr viele gescheiterte Familien, dies ist eine Tatsache. Dann müssen die Kinder nicht über Mittag herumlungern. Der Subventionsschlüssel verhindert ein Schmarotzertum.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Es ist toll, dass die FDP das Projekt begrüsst. Das Postulat ist ja schliesslich mit den Stimmen der FDP überwiesen worden.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, will auf vier Punkte des Berichts eingehen: Man begründet die Einführung der Tagesschule in erster Linie mit dem vorhandenen Bedarf. Dies ist eine subjektive Sichtweise. Dem Bericht liegt eine Umfrage zu Grunde. Darin ist der Bedarf nicht eindeutig nachgewiesen. Von über 1000 Befragten mit Kindern bis 9 Jahren haben 33% mitgemacht. Auf die entscheidende Frage „Würden Sie Ihr Kind in eine Tagesschule schicken?“ haben dann noch 44% mit Ja geantwortet. Von den rund 1000 Personen sind das 146, welche ihr Kind in eine Tagesschule schicken würden. Dies sind 14,5%. Dies ist ein Faktum, keine Wertung. Aufgrund der Umfrage kann man also sicher nicht von einem weit verbreiteten Bedürfnis sprechen. Man kann zwar die politische Einstellung haben, aber man kann nicht von einem sachlichen Bedürfnis ausgehen.

Bei der Finanzierung geht man von einem Beitrag von CHF 40.-- pro Kind aus, damit die Rechnung des Gemeinderates aufgeht. CHF 40.-- würden nur ein kleiner Teil der Befragten zahlen, ca. 10% der Befragten. Dies ist für die Gemeinde ein wichtiger Aspekt. Es geht doch immerhin um einen fixen Aufwand von ca. CHF 1'000'000.-- für die Gemeinde.

Der Gemeinderat befürwortet das Gartenstrasse-Schulhaus im jetzigen Zeitpunkt als geeigneten Standort für die Tagesschule. Was passiert dann mit den normalen Primarschulklassen? Will man die in andere Schulhäuser verteilen? Verlängert sich damit der Schulweg? Müssen eventuell Strassen überquert werden? Diese Probleme kommen und müssen diskutiert werden.

Die Entwicklung im Bund und Kanton mit HARMOS darf man auch nicht vergessen. Es heisst, dass man in ein paar Jahren 6 Primarschulen hat. Dann kommt das Gartenstrasse-Schulhaus nicht mehr in Frage.

Als Schluss: Es ist eine Angelegenheit, die man neutral weiterhin im Auge behalten muss, aber nicht forcieren, weil es politisch und ideologisch gerade passt. Die Entwicklung mit den Blockzeiten und die HARMOS-Entwicklung sind abzuwarten. Da kommen noch einige Konsequenzen auf die Gemeinde zu.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Wenn nur 30% Antworten zurückkommen, dann muss man letztlich diese 30% als Basis weiterer Berechnungen, also als 100%, annehmen. Man darf das dann nicht auf die 1000 angefragten Personen beziehen, das ist statistisch grundlegend falsch. Man muss aufpassen, wenn man mit Zahlen jongliert. Knapp die Hälfte der Eltern würden also gerne ihr Kind in eine Tagesschule schicken.

Robert Richner, FDP-Fraktion, schliesst sich dem Votum von Dr. Ivo Corvini an. In der heutigen Berufswelt kann man, vor allem mit gehobener Ausbildung, fast keine 10-jährige Kinderpause machen. Dann ist es sehr schwer, wieder den Einstieg zu finden. In der Zeit ändert sich sehr viel. Die Frauen müssen auch die Möglichkeit haben, ihren Beruf in Teilzeit auszuüben.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Zahlenspiele hin oder her, bei 38% nicht betreuter Kinder sind es immerhin rund 450 Kinder in Allschwil. Das ist keine Bagatelle. Selbst wenn es nur 14% sind, gemäss Dr. Ivo Corvini, sind es immerhin noch 250 Kinder. Den Standort soll man nicht fixieren. Es gibt bereits jetzt Kinder, die das Schulhaus ausserhalb ihres Quartiers besuchen müssen, weil es nicht alle schulischen Angebote (Kleinklassen, Einführungsklassen, etc) in allen Schulhäusern gibt. Zur Finanzierung: Es ist klar, dass viele Eltern mit Kindern bis 9 Jahren CHF 40.-- zuviel Geld ist. Er, Jean-Jacques Winter, würde schmunzeln, wenn er gefragt würde. Ihn trifft es nicht mehr, bis die Schule da ist. Folglich gibt es auch eine Art Zurückhaltung bei der Beantwortung der Fragen. Das Bedürfnis für eine Tagesschule ist aber wahrscheinlich da. Er ist zuversichtlich, dass das umgesetzt werden könnte.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, sieht sich bestärkt darin, dass der Gemeinderat in seiner strategischen Massnahmenplanung ein ergänzendes Betreuungsangebot als richtig einstuft. Es ist tatsächlich so, dass das Schulhaus Gartenstrasse als Standort die Lagebeurteilung von heute darstellt. Dies kann möglicherweise durch HARMOS nicht mehr zur Verfügung stehen. Es ist eine generalstäbliche Aufgabe, dies in den nächsten Jahren fundiert abzuklären und eine Antwort vom Kanton zu erhalten. Ob die Anstossfinanzierung im Jahr 2009 noch zur Verfügung steht, kann man heute nicht sagen, aber es ist davon auszugehen, wenn in der Schweiz immer mehr Tagesschulen eingeführt werden. Der Bericht geht davon aus, dass man eine Tagesschule mit 20 Kindern anfangen könnte. Dies entspricht einer Klasse. Von den 146, welche sich positiv zu einer Anmeldung äusserten, müssen sich nur 20 definitiv anmelden. Dann kann man schon mit der Tagesschule starten. Vielleicht werden in einigen Jahren die Leute hier im Rat darüber diskutieren, dass es keine Steuerzahler mehr in Allschwil gibt. Man muss also dafür sorgen, dass es weiterhin Leute gibt,

die in die Schule gehen können, eine Ausbildung absolvieren können und letztlich auch Steuern zahlen werden.

://:

1. Vom Bericht zum Postulat Nr. 3635 betreffend „Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe in Allschwil“ wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Nr. 3635 wird mit grossem Mehr als erfüllt abgeschrieben.

250 13.230 Ökologie

**Dringliche Motion von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, betreffend
„Einsparungen beim Natur- und Amphibienschutz im Mühlebachtal“
(Geschäft 3715)**

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Bevor in der Ziegelei gebaut wurde, war das Gebiet ein Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung. Zur Erklärung wird folgende Folie aufgelegt:

Rote Liste Amphibien Schweiz

Ziegelei	Art	Rote Liste Kategorie
	Wechselkröte	† ausgestorben (Schweiz)
<input type="checkbox"/>	Italienischer Kammmolch	stark gefährdet
<input checked="" type="checkbox"/>	Kammmolch	stark gefährdet
<input type="checkbox"/>	Teichmolch	stark gefährdet
<input checked="" type="checkbox"/>	Geburtshelferkröte	stark gefährdet
<input checked="" type="checkbox"/>	Gelbbauchunke	stark gefährdet
<input checked="" type="checkbox"/>	Kreuzkröte	stark gefährdet
<input checked="" type="checkbox"/>	Laubfrosch	stark gefährdet
<input type="checkbox"/>	Italienischer Laubfrosch	stark gefährdet
<input type="checkbox"/>	Springfrosch	stark gefährdet
<input type="checkbox"/>	Feuersalamander	verletzlich
<input checked="" type="checkbox"/>	Fadenmolch	verletzlich
<input checked="" type="checkbox"/>	Erdkröte	verletzlich
<input type="checkbox"/>	Italienischer Springfrosch	verletzlich
<input type="checkbox"/>	Wasserfrosch-Komplex	potentiell gefährdet
<input type="checkbox"/>	Alpensalamander	nicht gefährdet
<input checked="" type="checkbox"/>	Bergmolch	nicht gefährdet
<input checked="" type="checkbox"/>	Grasfrosch	nicht gefährdet
<input type="checkbox"/>	Knoblauchkröte	<i>ungenügende Datengrundlage</i>
<input type="checkbox"/>	Moorfrosch	<i>ungenügende Datengrundlage</i>
<input type="checkbox"/>	Seefrosch	<i>nicht beurteilt</i>

Hier zeigt sich, welche Arten in der Ziegelei vorkommen oder vorgekommen sind. Diese Arten sind stark gefährdet, also kurz vor dem Aussterben, resp. kurz davor in diese Gefährdungsstufe eingestuft zu werden. Man sieht also, welche Bedeutung das Ziegelei-Areal hat. Dies war von nationaler Bedeutung. Heute ist dies gefährdet, da dort gebaut wird. Die Bebauung ist nur möglich, weil man einen Ersatzstandort von potentieller gleicher Bedeutung zugesichert hat. Dies heisst, man hat vertraglich festgehalten, dass man einen Ersatzstandort schafft, der auch nationale Bedeutung erlangen kann. Der Ersatzstandort ist das Mühlbachtal. Der Bau des Hochwasserschutzdamms hat nichts mit dem geplanten Amphibienschutzgebiet zu tun. Weil jetzt finanzielle Schwierigkeiten bei einem Projekt auftauchen, darf man aber nicht beim anderen sparen. Einsparungen beim Natur- und Amphibienschutz sind nicht tolerierbar. Er bittet daher, dass der Einwohnerrat die Motion überweist, damit sich der Gemeinderat für die Natur in Allschwil einsetzen kann.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Auch der Gemeinderat ist sich der nationalen Bedeutung der Amphibien bewusst. Deshalb hat der Gemeinderat mit dem Kanton Kontakt im Rahmen der Planungen zum Hochwasserschutz aufgenommen. Dort hat der Gemeinderat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Naturschutz genauso realisiert wird, wie geplant. Der Kanton sucht überall nach Sparmöglichkeiten. Aber das Projekt war öffentlich aufgelegt und kann aus Sicht des Gemeinderates nicht einfach abgeändert werden. Das Mühlbachtal eignet sich besonders als Standort, darum ist der Gemeinderat der Meinung, dass das Projekt zu verwirklichen ist. Im Laufe dieses Jahres

soll das Projekt wie vorgesehen realisiert werden. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen und macht den Vorschlag, die Motion gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Was ist mit dem Kanton besprochen worden? Hierzu möchte er schriftliche Ausführungen. Deshalb ist Lucius Cueni gegen die gleichzeitige Abschreibung der Motion.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Eine Abstimmung ist dann nicht notwendig, wenn der Gemeinderat eh die Motion annehmen will. So macht man es auch im Landrat.

Ratspräsident **Christoph Morat** lässt wie gewohnt über die Erheblicherklärung abstimmen und präzisiert, dass eine gleichzeitige Abschreibung nicht beantragt wurde und deshalb auch nicht darüber abgestimmt wird.

://:

Die **Dringliche Motion** von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 14.03.2007, betreffend Einsparungen beim Natur- und Amphibienschutz im Mühlebachtal wird **mit grossem Mehr erheblich erklärt**.

251 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
 01.030 Einwohnerrat

Dringliches Verfahrenspostulat von Verena Meschberger, Präsidentin und Kurt Kneier, Vizepräsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, beide namens der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend „ Verzicht auf den Finanzplan per Juni '07“ (Geschäft 3716)

Verena Meschberger, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FiReKo): In der Januar-Sitzung 2007 des Einwohnerrates ist der Finanzplan per Ende 2006 behandelt worden. In der Diskussion ist damals schon angesprochen worden, ob zwei Finanzpläne pro Jahr überhaupt notwendig sind. Die FiReKo hat auch schon darüber diskutiert, ob man grundsätzlich an den zwei Finanzplänen festhalten soll. Diese Diskussion ist aber nicht so dringend. Zum jetzigen Verfahrenspostulat: Bei der Dezemberausgabe der Finanzplanung hat man feststellen müssen, dass das neue Programm für vier Finanzpläne nicht 150%-tig über die Bühne gegangen ist. Man muss noch genauer anschauen, wie die Allschwiler Gepflogenheiten mit dem neuen Programm nachvollzogen werden können. Dies wäre die Aufgabe von Frau Holzer gewesen, wenn Herr Minzer dageblieben wäre. Jetzt ist aber Herr Minzer von Allschwil weggegangen, womit zurzeit ein Abteilungsleiter und Stellvertreter fehlt. Die FiReKo hat daher beschlossen, den Antrag zu stellen, auf den nachgeführten Finanzplan Ausgabe Mai 2007 zu verzichten. Frau Holzer kann damit ihren Einsatz auf den Rechnungsabschluss konzentrieren. Auch sind noch offene Fragen zum Software-Programm zu klären. Von Gesetzes wegen wird nur eine Dezemberausgabe des Finanzplanes verlangt. Es geht heute also lediglich darum, für einmal die Bestimmung im Geschäftsreglement zur Vorlage eines Finanzplanes im Sommer ausser Kraft zu setzen. Wenn die Abstimmung heute durchgeführt wird, kann das Postulat auch gleichzeitig abgeschrieben werden.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen: Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument des Gemeinderates. Technisch gesehen, ist der Finanzplan ein Frühwarnsystem. Der Gemeinderat kann so auf Veränderungen rechtzeitig reagieren. Der Plan setzt aber auch Leitplanken für Gemeinde- und Einwohnerrat. Jeder politische Vorstoss wird daher auf seine finanziellen Konsequenzen geprüft. Dies ist unabhängig davon, ob der Finanzplan ein- oder zweimal pro Jahr überarbeitet wird. Der Gemeinderat hat sich auch schon Gedanken darüber gemacht, ob es sinnvoll ist, den Finanzplan zweimal pro Jahr zu

überarbeiten. Gerade in der jetzigen Situation muss der Gemeinderat mit grossen Unsicherheitsfaktoren (NFA, Steuergesetzrevisionen, etc.) kalkulieren. Dies ist auch der Grund, warum man jetzt nicht sagen kann, ob es bis im Mai überhaupt neue Erkenntnisse gibt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass bis zum Mai keine neuen Erkenntnisse vorliegen werden. Ausserdem wird im Herbst 2007 ein Workshop durchgeführt, in dem die finanziellen Mittel bis zum Jahr 2020 zusammengestellt werden sollen. Dann werden wieder neue Erkenntnisse für einen neuen Finanzplan vorliegen. Daher kann sich der Gemeinderat dem Antrag der FiReKo anschliessen und den Finanzplan im Mai 2007 ausfallen lassen. Der Gemeinderat wäre aber auch bereit, grundsätzlich nur noch einen Finanzplan pro Jahr zu präsentieren und kann begrüssen, das Geschäftsreglement des Einwohnerrates entsprechend abzuändern.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo: Auch die FiReKo diskutiert, ob es dauerhaft zwei Finanzpläne braucht. Wie man das Geschäftsreglement abändert, darüber ist man sich noch nicht ganz einig. Dies will man lieber zuerst fundiert abklären und dann ein zweites Verfahrenspostulat lancieren.

Christoph Morat, Ratspräsident: Der Rat hat sich ein Geschäftsreglement gegeben. In dem wird festgehalten, zweimal pro Jahr einen Finanzplan vorgelegt zu bekommen. Der heutige Antrag der FiReKo lautet auf „Prüfung, ob auf den Finanzplan 2007 verzichtet werden kann“. Die FiReKo kann nun heute den Wortlaut ändern, dass man nicht erst prüft, sondern direkt das Absetzen des Finanzplanes im Mai beantragt und darüber abstimmt. Dann muss nicht noch zuerst eine Prüfung durch das Büro erfolgen.

Der Antrag der FiReKo auf eine generelle Änderung des Geschäftsreglements müsste hingegen durch das Büro zusammen mit dem Rechtsdienst geprüft werden.

Verena Meschberger, FiReKo-Präsidentin, ist bereit den Antrag entsprechend abzuändern. Der Grundsatzentscheid steht heute nicht zur Diskussion. Die FiReKo beantragt den Verzicht, auf den im Mai zu präsentierenden Finanzplan.

Die Änderung wird schriftlich vorgenommen.

://:

Das **Dringliche Verfahrenspostulat** der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.03.2007 betreffend „Antrag auf Verzicht des Finanzplans per Juni 2007“ wird **einstimmig gutgeheissen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben**.

252 04.082 Gemeindeanlässe, Behördenanlässe
 06.091 Öffentliche Sicherheit

**3. Interpellation von Dr. Ivo Corvini und Felix Keller, beide CVP-Fraktion,
vom 13.09.2006, betreffend
„Einbezug von Allschwil in das Organisations-
und Sicherheitskonzept während der „euro08““ Geschäft 3690**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Im vergangenen Jahr hat man feststellen können, dass der Einwohnerrat zusammen mit der Allschwiler Bevölkerung fussballbegeistert ist. Der Gemeinderat ist daran interessiert, was an der EURO 08 passiert. Der Gemeinderat tanzt z. Zt. auf allen Hochzeiten. Gleichzeitig sind noch keine Kosten beschlossen worden, weder im Finanzplan noch im Budget. Wenn es Kosten verursacht, gibt es eine Separatvorlage an den Einwohnerrat. Im Detail:

Der Gemeinderat wurde bezüglich der weiteren Planung noch nicht vom Kanton, den zuständigen Behörden oder Organisationen kontaktiert. Man hat aber Kontakt mit der baselstädtischen Stadt-Marketinggruppe „Euro08“ gehabt. Rudi Werdenberg ist Kontaktperson.

Man hat dort sechs Sitzungen durchgeführt, basierend auf dem Grobkonzept von Basel-Stadt. Dies ist eine rollende Planung. Das Thema war ein Fan-Camp zu bilden. Detaillierte Berechnungen wurden angestellt, zurzeit liegt das Fan-Camp aber in der Schublade. Dies verursacht aber relativ hohe Kosten.

Der Einbezug der Gemeinde Allschwil in die Organisation der Euro 08 ist noch ungewiss. Bis vor kurzem war die Organisation im Kanton und auch in der Gemeinde noch nicht ganz klar. Der neueste Stand ist: es gibt eine bikantonale Projektorganisation zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Die besteht aus den Regierungsräten (Lenkungsausschuss), ein Euro-Delegierter und eine Projektleitung. Weiter gibt es einzelne Projekte. Obwohl noch nicht alle Personen bekannt sind, steht mittlerweile ein Konzept für die weitere Arbeit in Sachen Standortmarketing.

Die Ansprechpartner in der Gemeinde sind Scharaf Helmy und Andres Linder. Es geht um Sicherheit und um die Angelegenheiten im Ressort Tiefbau.

Weiter gibt es keine spezielle Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Dies wurde zwar mal andiskutiert, aber nicht weiter konkretisiert. Es gibt hier noch zu viele Ungewissheiten.

Was will die Gemeinde Allschwil konkret machen?

Es gibt neben dem Fan-Camp grundsätzlich zwei Möglichkeiten sich an der EURO 08 einzubringen. Es ist die feste Absicht des Gemeinderates, dass sich Allschwil an der EURO 08 engagiert. Es gibt die Möglichkeit des „public viewing“ in einer UEFA-Zone. Dies ist ein Grossanlass mit mehr als 10'000 Personen. Es gibt „Hostcities“ Basel und Basel-Landschaft. Dies kommt aus der UEFA-Fanzone, es hängt zusammen mit urheberrechtlichen Fragen, etc. Am 25.01.2007 hat die Gemeinde ein Schreiben an Regierungsrat Urs Wüthrich geschickt, und kundgetan, dass die Gemeinde Allschwil an diesen Fan-Zonen, wovon es zwei im Kanton Basel-Landschaft geben soll, mitmachen. Die zweite Schiene, die UBS, will ebenfalls ein oder zwei „public viewing“ anbieten. Diese haben nichts mit den UEFA-Fan-Zonen zu tun. Die UBS hat eigene Verträge mit der UEFA gemacht. Auch dort hat sich Allschwil eingebracht, via Wirtschaftskammer Baselland und auch direkt an die UBS. Allschwil ist mittlerweile gebeten worden, sein Bewerbungsdossier einzuschicken. Dies ist zusammengestellt und man wird es in den nächsten Tagen einsenden. Aber alles ist zurzeit noch sehr unklar. Ob Allschwil je auserkoren wird, steht in den Sternen. Daher muss man sich noch nicht allzu intensiv Sorgen oder Gedanken machen.

Als fünfte Frage der Interpellation wurde angefragt, ob die Ereignisdienste der Gemeinde Allschwil (Feuerwehr, Polizei, Zivilschutz) in das Sicherheitsdispositiv der EURO 08 einbezogen werden. Grundsätzlich weiss man auch dort noch nichts. Es liegen keine Anfragen oder Gesuche vor. Der Zivilschutz, Feuerwehr und Gemeindepolizei könnten angefragt werden. Der Zivilschutz könnte Support leisten, die Feuerwehr ist ohnehin im Rahmen der Nachbarschaftshilfe in die Organisation eingebunden. Wahrscheinlich müssten da auch keine Anträge gestellt werden. Bei der Gemeindepolizei muss man ein Fragezeichen machen. Die ist grundsätzlich nur für den Gemeindebann Allschwil zuständig.

In welcher Form könnte eine Zusammenarbeit bestehen, als sechste Frage der Interpellation, wurde mit obigen Ausführungen dargelegt. Konkrete Entscheide wurden aber noch nicht getroffen.

Allschwil will ein Fan-Camp anbieten, dafür steht das Konzept. Dies steht im Moment aber nicht hoch im Kurs. Zweitens kann Allschwil als UEFA- oder UBS-Public-Viewing-Zone auftreten oder drittens, auf kleiner Flamme, in eigener Regie mit einem Joint-venture mit dem FC Allschwil, ein Mini-public-viewing anbieten. Die UEFA hat die Vorschriften bezüglich der Leinwand/Bildschirmgrösse gelockert.

Wo soll das realisiert werden? Auch hier ist noch kein Standort definitiv ausgewählt worden. In Frage kommt die Wegmatten, Sportareal Gartenhof und die Parzelle parallel zum Gartenbad am linksufrigen Bachgraben. Diese drei Parzellen könnten zur Diskussion stehen.

Allschwil bietet gute Voraussetzungen: gute Anbindung mit dem ÖV an Basel-Stadt, gute Infrastruktur, man ist auch interessant für französische Nachbarn und man wird ohnehin von einer stattlichen Anzahl Fussballfans besucht werden. Ob mit oder ohne einer dieser Organisationen muss Allschwil dem Ansturm gerecht werden können. Wildes Campieren, nächtliche Heimkehrer nach Fussballspielen etc. werden die Gemeinde fordern.

Bevor jedoch irgendwas geht, gibt es eine Vorlage an den Einwohnerrat.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, dankt im Namen der Interpellanten, für die ausführliche Antwort. Er nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Allschwil dem einmaligen Ereignis sehr aktiv annimmt und hofft, dass Allschwil am Ball bleiben wird. Eine Diskussion wird nicht verlangt. Er hofft aber, dass man laufend, eventuell im Rahmen des Infofensters, informiert wird.

253 06.050 Feuerwehr

4. Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 14.12.2006 betr. „Erstellung einer mittel-, langfristigen, gestuften“ Planung für die Feuerwehr in Allschwil Geschäft 3698

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion und Postulant: Es geht nicht darum, ob „JA“ oder „NEIN“ zur Feuerwehr. Alle haben grossen Respekt vor den Menschen, die immer Präsenz zeigen und ausrücken um Menschen in Not zu helfen und zu retten. Das Postulat geht zurück auf drei gleichlautende Postulate im Rahmen des Budgets im letzten Jahr. Anfangs der neunziger Jahre hat man das Vierer-Paket gehabt: Vision 2000 - eine Gemeindeverwaltung, ein Sportplatz, eventuell mit Halle, ein Werkhof und ein Feuerwehrmagazin. Seither hat sich ganz viel im Umfeld der Feuerwehr geändert. Weggefallen ist das ELCO-Pikett. Verdichtetes Bauen ist angesagt, das heisst, man wohnt enger aufeinander und die Strassen sind enger mit Fahrzeugen belegt. Der ganze Verkehr kann auf den Fluss der Rettungsdienste Einfluss nehmen. Die Industrie im Gebiet Bachgraben ebenso. Der Pendlerverkehr nimmt zu. Auch die Rekrutierung von neuen Personen für die Rettungsdienste kann zum Thema werden, zumal immer weniger Leute aus Allschwil auch direkt in Allschwil tätig sind. Welche Fahrzeuge, welches Material, welche Ausbildungen braucht man in Zukunft. Das sind Visionen für die nächsten 5, 10 oder 20 Jahre. Hierzu braucht man Entscheidungsgrundlagen. Man will nicht in ein paar Jahren hören, dass man die Entwicklung nicht abgesehen hätte. Es ist ein millionenschweres Projekt, welches für Jahrzehnte bestehen muss. Ein Konzept seit den 90er Jahren liegt nicht konkret vor, welche Rettungsdienste existieren, was es braucht um die Rettung sicherzustellen. Es ist wichtig, dass man direkte Kontakte mit der Feuerwehr aufnimmt. Bei den Fahrzeugen hat man dies gemacht. Dabei hat die Feuerwehr schlussendlich gewonnen. Es haben alle gemerkt, was dahinter steht. Man will die Visionen schriftlich niedergelegt haben, eben ein Konzept. Was könnte der Bedarf für ein grösseres Allschwil sein, was will man investieren? Dies ist der Wunsch mit dem Postulat.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste und Sicherheit: Der Gemeinderat lehnt die Überweisung des Postulates ab. Es ist der 30. April 2003 gewesen, als der Einwohnerrat über ein Postulat von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, diskutiert hatte. Einerseits ging es um das „Konzept Feuerwehr“ welches vom Schweizerischen Institut zur Förderung der Sicherheit erstellt wurde. Andererseits wurde auch Kenntnis genommen vom Investitionsstrategie-Papier der Feuerwehr Allschwil. Über diese Papiere wurde äusserst intensiv diskutiert. Das Investitions-Strategiepapier wurde als hervorragend beurteilt. In der Folge wurde das Postulat von Lucius Cueni als erledigt abgeschrieben. Vor einem Jahr ungefähr, wurde anlässlich der Fragestunde auf eine Frage von Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, geantwortet. Darin ging es um den Bestand der Feuerwehr und um mögliche

Probleme bei der Rekrutierung. Dort wurde sehr detailliert informiert. Das neue Postulat greift die gleichen Fragen wieder auf. Innerhalb der letzten vier Jahre hat sich die Situation nicht massgeblich geändert. Man würde über die gleichen Fragen wieder diskutieren. Aus diesem Grunde ist der Gemeinderat der Meinung, dass das Postulat nicht überwiesen werden soll.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Es stimmt alles, was im Postulat steht und was verlangt wird. Es stimmt, dass Allschwil eine funktionierende Feuerwehr braucht. Was aber nicht gut ist, ist von einem externen Unternehmen für viel Geld ein Konzept erstellen zu lassen. Man hat eine Feuerwehrkommission, die sich mit den örtlichen Gegebenheiten auskennt. Das Feuerwehrmagazin ist gerade neben der Verwaltung. Man kann jederzeit Fragen, was benötigt wird. Die Feuerwehr will sicher keine Luftschlösser. Er hätte gerne vom Gemeinderat eine Antwort, was ein Konzept oder eine Studie oder alles kosten würde, wenn das überwiesen wird.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Man liest in dem Postulat, dass der Postulant gerne ein Konzept in drei Zeitabschnitten hätte: in fünf, in zehn und in zwanzig Jahren. Wer ist denn überhaupt in der Lage, wie die Feuerwehr Allschwil in zehn oder zwanzig Jahren aussehen muss. Realistischer Weise kann man sich höchstens Gedanken über einen Zeitraum von 5 Jahren machen. In diesem Sinne muss er sich dem Votum des Vorredners anschliessen. Man kann hunderttausend Konzepte machen, aber man muss der Realität ins Auge sehen.

Felix Keller, CVP-Fraktion, redet im Namen der CVP-Fraktion und auch von Kurt Kneier, der heute Abend nicht da ist: Es besteht schon ein Feuerwehrkonzept. Dies wurde im 2003 auch ausgiebig diskutiert. Ausserdem weiss man auch, dass es CHF 30'000.-- kostet. Es gibt mehrere Feuerwehrkonzepte. Mit dem neuen Feuerwehrmagazin wird es sicher noch mal ein neues Konzept geben. Daher könnte man das Postulat überweisen und gleichzeitig abschreiben.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: In der Tat hat man im Einwohnerrat im Jahr 2003 über die Feuerwehr geredet. Es ging aber um die Zusammenarbeit der Feuerwehr mit Basel-Stadt oder sogar eine Aufhebung. Seither hat sich einiges geändert. Wenn man von einem Fünf-Jahres-Zeitplan ausgeht, dann wäre es jetzt wieder an der Zeit. Man hat Elco nicht mehr, man hat mehr Industrie. Das alles kann keine grosse Aufgabe für die Überarbeitung oder eine neue Studie sein, wenn ja bereits schon welche vorliegen. Die Feuerwehr ist à jour, aber niemand von uns weiss, wie es weitergeht. Wichtig ist in dem Zusammenhang das Feuerwehrmagazin: Ort, Grösse und Betrag. Dass muss dann auch für die nächsten 20 Jahre Bestand haben. Erst dann kann man entscheiden, ob eine Vorlage zum neuen Magazin auch vom Rat gestützt wird. Warum geniert man sich davor, ein Konzept alle fünf Jahre zu überarbeiten und vor auszuplanen. Man braucht gute Unterkünfte für ein qualifiziertes Team, welches die Dienste auch noch in 20 Jahren gut unterstützt.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Jeder, der damals, im Jahr 2003 dabei gewesen ist, weiss, dass das Papier von damals den Namen „Konzept“ nicht wirklich verdient hat. Was damals für CHF 30'000.-- produziert worden ist, grenzt an Skandal. Es sind x kleine Konzepte innerhalb der Feuerwehr vorhanden. Die Feuerwehr hat das damals präsentieren können. Es ist jetzt endlich an der Zeit, ein Konzept auszuarbeiten, dass die Aspekte von Jean-Jacques Winter berücksichtigt. Warum sträubt sich der Gemeinderat dermassen, ein klares Konzept auszuarbeiten.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit: Der Gemeinderat sträubt sich nicht, ein Konzept vorzulegen. Er sträubt sich aber dagegen, dem Einwohnerrat immer wieder die gleichen Fragen vorzulegen und immer wieder den gleichen Themenkreis diskutieren zu lassen. Man hat damals das Konzept zur Kenntnis genommen. Viel wichtiger ist aber damals das feuerwehrinterne Investitionsstrategie-Papier gewesen. Das hat alle Fragen beantwortet. Wenn es darum geht, heute die Grundlagen für das neue Feuerwehrmagazin zu schaffen, dann ist das Postulat zu umfassend formuliert. Darin sind sehr viele Fragen drin, die mit dem Magazin direkt nichts zu tun haben sondern sehr viel umfassender sind. Das Postulat verlangt nicht Auskunft über das Magazin sondern über die Feuerwehr im Allgemeinen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das Konzept von damals, welches gemäss Lucius Cueni das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben ist (Zitat), war nicht das Konzept das der Gemeinderat wollte, sondern das einer externen Firma. Man dachte damals, man hätte „den Stein der Weisen gefunden, dieser ist aber an Allschwil flach vorbei gesegelt.“ Das Strategiepapier der Feuerwehr ist sehr umfassend. Und damals hat es durchaus sehr positive Voten zum Konzept der Feuerwehr gegeben. Der Einwohnerrat war damals so begeistert, dass statt einem neuen Feuerwehrauto gleich zwei neue angeschafft wurden, aufgrund dieses Konzepts. Wenn man jetzt darüber klagt, dass man kein Konzept habe, dann ist das falsch. Man hat ein klares Konzept. Aber Lösungen liegen nicht einfach auf der Strasse. Nicht jedes Konzept führt zu einer Lösung. Basel-Stadt ist am redimensionieren, am abbauen. Zurzeit ist Allschwil und Basel-Stadt kein Thema. Da sind uns die Hände zurzeit gebunden. Wenn uns der Einwohnerrat heute verpflichtet, ein Konzept vorzulegen, könnte dies in letzter Konsequenz heissen, alles oder nichts. Alle jetzigen Bemühungen um die Sanierung oder den Neubau des Feuerwehrmagazins müssten auf Eis gelegt werden. Es macht keinen Sinn, zu planen, wenn zunächst ein Gesamtkonzept verabschiedet werden muss. Der Vorstoss scheint aus Sicht von Anton Lauber ein fauler Trick zu sein, da er sich im Grunde gegen ein neues Feuerwehrmagazin richtet. Dann soll man das aber offen auf den Tisch legen. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass man kein weiteres Konzept braucht.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Wenn ein Feuerwehrfahrzeug angeschafft wird, rechnet man mit einer Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren. Bis es aber letztlich abgelöst wird, ist es doch schon 20 Jahre in Betrieb. Als man die zwei Fahrzeuge gekauft hat, hat man einen Planungsschritt von 20 Jahren gemacht. Wenn man ein Feuerwehrmagazin baut, rechnet man mit 50 Jahren Bestand. Das heutige Magazin ist aber 100 Jahre alt. In solchen Dimensionen muss man denken. Es wäre völlig falsch, in Schritten von 5 Jahren zu denken.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Sie hat von einem Feuerwehrmann gehört, dass die Feuerwehrautos gar nicht mehr in die Wohnzonen kommen, da die verdichtete Bauweise dem entgegensteht. Wie geht denn die Feuerwehr damit um, das interessiert sie.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Die Wertschätzung für die Leute der Feuerwehr ist sehr gross, sicher nicht kleiner als die von Dr. Anton Lauber. Die Fraktion will dies ausdrücklich festhalten. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht darum, dass man planen können muss. Von der Seite Feuerwehr wurde mitgeteilt, dass sie gerne mit jeder Fraktion einzeln besprechen möchte, wie das aussieht. Man kann eine Planung vorlegen, mit welchen Fahrzeugen man in Zukunft die Feuerwehr ausrüsten muss. Man kann nur zu einem Gebäude ja sagen, wenn man die Bedürfnisse kennt. Darüber muss man reden. Das Papier der Feuerwehr wurde nicht kritisiert. Die beiden Feuerwehrautos gab es wegen Hanspeter Frey, FDP-Fraktion. Er konnte alle überzeugen. Man will nicht mehr, als die Vorlage eines aktuellen Konzepts, aber nicht von einer auswärtigen Firma erstellt.

Josua Studer, SVP-Fraktion, an Barbara Selinger: Letztes Mal hat man wegen der Parkplatzmisere von eurem Quartier diskutiert. Jetzt möchten Sie ein Postulat überweisen, das besagt, dass man längerfristig mehr Platz im Blumenweg hat, damit die Feuerwehrautos durchfahren können. Mit so einer Politik sind die Parkplätze schnell weg.

Felix Keller, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion beantragt, dass bei einer Überweisung des Postulates, dieses auch gleich abgeschrieben wird. Es gibt ja bereits ein Konzept.

://:

Das **Postulat** von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 14.12.2006 betr. „Erstellung einer mittel-, langfristigen, „gestuften“ Planung für die Feuerwehr in Allschwil“ wird **mit 19:12 Stimmen überwiesen** und **mit 17:14 Stimmen gleichzeitig abgeschrieben**.

Christoph Morat, Ratspräsident, beschliesst die Sitzung im 21.00 Uhr.